



HESSISCHER LANDTAG

23. 01. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend bestmögliche Bildung für alle Kinder in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Bildungspolitik ein engagiertes, vorausschauendes und problemorientiertes Handeln erfordert. Eine abwartende Haltung und das Zurückziehen auf statistische Daten werden den Problemlagen und Herausforderungen nicht gerecht, sondern schaden sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch den Lehrkräften. Deshalb ist es erforderlich, dass die Landesregierung den aktuellen Kurs ändert und wieder verantwortlich handelt.
2. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen insbesondere in den Grundschulen, aber auch im Bereich der Förderschullehrkräfte und in vielen Fächern an den Berufsschulen Lehrermangel herrscht. Die Lösung dieser Probleme muss absolute Priorität haben. Qualitätseinbußen sind dabei nicht hinzunehmen. Alle Kinder sollen von Beginn an die bestmögliche Bildung erhalten, um ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen und sie nicht in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beeinträchtigen. Gute Bildung von Anfang an ist die beste Garantie für Chancengerechtigkeit.
3. Der Hessische Landtag will, dass die Bildungs- und Betreuungsangebote allen Kindern zugänglich sind, unabhängig von sozialer, kultureller oder ethnischer Herkunft. Deshalb müssen die Investitionen in den Bereichen der frühkindlichen Bildung deutlich ausgebaut werden, damit Kinder von Beginn an beste Chancen haben und Eltern wissen, dass ihre Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen qualitativ hochwertig betreut und gefördert werden. Der Hessische Landtag fordert, dass künftig jedes Kind frühestmöglich entsprechend seinen Bedürfnissen, Begabungen und Fähigkeiten begleitet, gefördert und unterstützt wird. Die Kindertagesstätten sollen ein Garant für weltbeste beziehungsvolle Betreuung und frühkindliche Bildung sein.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das durch die steigende Heterogenität in der Schülerschaft, den Ausbau von Ganztagsschulangeboten, die Integration von Seiteneinsteigern und die Inklusion veränderte Aufgabenspektrum für die Schulen anzuerkennen. Er fordert die Landesregierung weiter auf, konkrete Unterstützungsmaßnahmen insbesondere für Lehrkräfte und Schulen auf den Weg zu bringen, die mit der derzeitigen Situation Probleme haben. Überlastungsanzeigen aus den Schulen sind ernst zu nehmen und nicht als unberechtigt abzutun. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen unverzüglich verbessert werden. Entscheidend sind die tatsächliche Unterstützung und Begleitung, sodass Schulen auch weiterhin den Mut aufbringen, sich mit ihren Problemlagen auseinanderzusetzen und diese zu artikulieren. Der von der Landesregierung verfolgte Weg der Durchsetzung von Inklusion mit der Brechstange bewirkt das Gegenteil und schadet gleichermaßen Schülerinnen und Schülern mit und ohne besonderen Förderbedarf wie auch Lehrerinnen und Lehrern.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Reform der Lehrerbildung endlich voranzutreiben. Die Notwendigkeit einer frühzeitigen Praxisorientierung in der Ausbildung hat sich mit dem Versuchsprojekt der Einführung eines Praxissemesters nicht erledigt. Die Evaluation des Praxissemesters kann aber Hinweise geben, wie angehende Lehrerinnen und Lehrer auf die Herausforderungen der Inklusion, auf den Umgang mit der Heterogenität, auf die individuelle Förderung und auch auf die Digitalisierung vorbereitet werden können. Darüber hinaus ist nach wie vor ein besonderes Weiterbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer zu den oben genannten Themenschwerpunkten notwendig.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die zunehmende bürokratische Belastung der Lehrerinnen und Lehrer zu reduzieren und die zur Verfügung stehenden Daten z.B. aus der LUSD, aber auch die Möglichkeiten des Bildungsservers dahin gehend zu nutzen. Dazu gehört auch die Schaffung von Stellen für Schulverwaltungsangestellte. Durch diese Maßnahmen sollen die Lehrkräfte und Schulleitungen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.
7. Die Landesregierung wird beauftragt, unverzüglich Maßnahmen zum Abbau der Überlastung der Schulleitungen einzuleiten. Zur Vorbereitung und zum Erkenntnisgewinn für die Landesregierung führt der Landtag durch den Kulturpolitischen Ausschuss noch im ersten Halbjahr 2018 eine Anhörung zum Themenkomplex Aufgabenanalyse und Arbeitszeitbelastung von Schulleitungen durch. Dabei sollen insbesondere die Fragen zur Aufgabenfeststellung und -kritik sowie zum tatsächlichen Arbeitsumfang beantwortet werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 23. Januar 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Rock